



## Antrag

–

Fraktion Die Linke

### **Gesundheit in öffentliche Hand. Krankenhäuser retten statt Renditen sichern.**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest,

- a. dass das Krankenhaussterben die gesundheitliche Versorgung gefährdet, Menschen beseitigt und das Vertrauen in eine funktionierende Gesellschaft und handlungsfähige Politik erschüttert,
- b. dass die zunehmend prekäre Situation von Krankenhäusern zeigt, dass gewinnorientierte Strukturen im Gesundheitswesen häufig zu einer Versorgungsgefährdung führen und soziale Belange hinten anstellen,
- c. dass in finanzielle Schieflage geratene Gesundheitsversorger, wie die Pfeifferschen Stiftungen in Magdeburg, eine akute Gefährdung für die medizinische Grundversorgung von Patientinnen und Patienten sowie den Erhalt vieler Arbeitsplätze darstellen,
- d. dass die Überführung der Gesundheitseinrichtungen in die öffentliche Hand eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Alternative zu marktwirtschaftlichen Lösungen darstellt,
- e. dass Gesundheit elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist und höchste Priorität haben muss - statt der Profite einiger weniger Investoren und Konzerne.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- a. einen Krankenhaushausgipfel mit allen relevanten Akteuren einzuberufen, um zügig eine nachhaltige, soziale und gemeinwohlorientierte Krankenhausplanung vorzulegen,

- b. die finanziellen Mittel bereitzustellen, um mit einem Rettungsschirm die akut bedrohte Krankenhauslandschaft zu stabilisieren,
- c. die Krankenhäuser der Pfeifferschen Stiftungen in Magdeburg und Lostau im Falle eines Verkaufes in die öffentliche Hand zu überführen,
- d. die Arbeitsplätze und Perspektiven der Beschäftigten in den betroffenen Einrichtungen zu sichern,
- e. sich auf Bundesebene für eine gesetzliche Regelung einzusetzen, die die Übernahme von Gesundheitseinrichtungen in öffentliche Trägerschaft erleichtert und so künftigen Versorgungskrisen vorbeugt.

### **Begründung**

Gesundheit ist keine Ware! Wer krank ist, braucht eine sichere und wohnortnahe Versorgung - unabhängig von Marktmechanismen und Profiterwartungen. Doch immer mehr Krankenhäuser kämpfen ums Überleben, weil die Politik sie dem Kostendruck und wirtschaftlichen Zwängen ausliefert.

Die finanzielle Notlage der Pfeifferschen Stiftungen zeigt exemplarisch wie bedroht die medizinische Infrastruktur des Landes ist. Patientinnen und Patienten müssen bereits in ländlichen Regionen weite Wege in Kauf nehmen, lebensnotwendige Behandlungen verzögern sich, medizinische Fachkräfte verlassen Sachsen-Anhalt. Eine Überführung dieser Einrichtungen in die öffentliche Hand ist nicht nur eine notwendige Maßnahme zur Sicherung der regionalen Gesundheitsversorgung, sondern auch ein klares Bekenntnis zu einer gemeinwohlorientierten und zukunftssicheren Krankenhauspolitik.

Die gesundheitliche Versorgung ist eine zentrale staatliche Aufgabe und stellt einen wesentlichen Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge dar. In Zeiten, in denen marktwirtschaftliche Strukturen und Gewinnmaximierung zunehmend zu Versorgungsengpässen und sozialen Benachteiligungen führen, muss die öffentliche Hand ihrer Verantwortung nachkommen. Die umkämpfte Krankenhausreform auf bundesgesetzlicher Ebene hat gezeigt, dass die bisherigen Modelle der Wirtschaftlichkeit in der Gesundheitsversorgung oftmals den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gerecht werden.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitz